beschädigte usw. aufbringen. Bei solcher Sachlage muß durch eine planmäßige Kreditpolitik ein Teil der deutschen Wiederaufbaukosten auf künftige Generationen abgewälzt werden. Und die Voraussetzung zu einer gesunden und planmäßigen Kreditpolitik sind geordnete Finanzen der öffentlichen Hand. Mangelnde Kreditwürdigkeit erschwert langfristige Anlagen, erhöht die Zinsen und vermehrt die Arbeitslosigkeit. Ein Verfahren, das übermäßige, dauernde Abgaben aus der Wirtschaft herausholt, und damit vermehrte Arbeitslosigkeit und zu ihrer Milderung ständig steigende Ausgaben schafft, kann nicht als Politik angesehen werden. Strittig ist freilich, wie hoch die Summe sein soll, die im Etat für die Arbeitslosenversicherung und für die Krisenfürsorge aus allgemeinen Mitteln einzusetzen ist. Als Arbeitsminister habe ich mich selbstverständlich mit den 400 Millionen, die 1931 für die Krisenfürsorge vorgesehen sind, nicht mit Begeisterung abgefunden, weil ich klar sehe, daß dieser Betrag im Jahre 1931 nicht ausreicht. Es dürften im nächsten Jahre 700 bis 800 Millionen für die Krisenfürsorge benötigt werden. Ob sich bei einem Umbau der Arbeitslosenversicherung eine andere Konstruktion der Krisenfürsorge finden läßt, müssen die nächsten Wochen ergeben.

Sehr stark wird die in Aussicht genommene veränderte Wohnungspolitik angegriffen, und zwar sowohl von der wohnungsbaulichen, wie auch von der arbeitsmarktpolitischen Seite her. Die seitherige Wohnungspolitik trug an vielen Stellen einen unsozialen Charakter. Wohl der größte Teil der Hauszinssteuer ist in der Vergangenheit dem geistigen Mittelstand und den besser bezahlten Angestellten und Arbeitern zugefallen. An manchen Stellen ist auch im Hinblick auf Deutschlands Gesamtlage zu groß und zu teuer gebaut worden. Nun sollen für einige Jahre überwiegend Wohnungen mit zwei Zimmern und Küche erstellt werden. Unsozial kann man diese Wohnungspolitik bestimmt nicht nennen. Wir haben in Deutschland an 16 Millionen Wohnungen, darunter etwa 2¼ Millionen Nachkriegs-Neubauwohnungen. Unter den 14 Millionen Altwohnungen befinden sich mehr als die Hälfte, die bei weitem nicht an jene heranreichen, die in den nächsten Jahren herzustellen beabsichtigt sind. An Kleinstwohnungen ist gegenwärtig ein sehr großer Bedarf. Wir haben viele alte Ehepaare, die nicht mehr als 20 bis 25 RM Miete im Monat bezahlen können. Aehnlich geht es vielen Neuverheirateten. Daneben haben wir mindestens 2½ Millionen in heiratsfähigem Alter stehende Ledige, von denen ein nicht geringer Teil sich eigene Wohnungen zugelegt hat. Wenn daher in den nächsten Jahren 300 000 bis 400 000 vorzugsweise kleinere Wohnungen hergestellt werden sollen, dann kann man damit nicht sagen, daß deswegen die Wohnungspolitik der letzten Jahre plötzlich ins Gegenteil verkehrt werde. Sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands sich wieder gebessert haben, können wir verstärkt auf das Eigenheim zurückgreifen und können auch wieder, soweit öffentliche Mittel in Frage kommen, größere Wohnungen erstellen. So grundsätzlich, wie vielfach angenommen wird, ist zudem das in Aussicht genommene Wohnungsprogramm nicht. Die entscheidende Frage ist, ob ausreichend privates Kapital für den Wohnungsbau, insbesondere auch wieder für zweitstellige Hypotheken gewonnen werden kann. Darüber sind freilich in den nächsten Wochen noch sehr eingehende Verhandlungen mit den Hypothekar-Kreditstellen notwendig.

Sodann befürchtet man, daß, wenn plötzlich im Vergleich zu den letzten Jahren eine starke Einschränkung des Wohnungsbaues aus öffentlichen Mitteln erfolgt, die Arbeitslosigkeit vom Baugewerbe her, das nach wie vor das stärkste Schlüsselgewerbe ist, vermehrt wird. Dabei handelt es sich nicht bloß um die Bauarbeiter. Mit Ausnahme vom Bäcker-, Metzger-, Gastwirts-, Kleider- und Schuhmachergewerbe ist auch der übrige Mittelstand in seiner Existenz- und seiner Beschäftigungsmöglichkeit stark vom Baugewerbe abhängig. Wenn nicht ausreichend privates Kapital für den Wohnungsbau zu beschaffen sein sollte, dann ist dieser Seite der Angelegenheit in nächster Zeit die größte Sorgfalt zuzuwenden.

Ueber die Lohnpolitik herrscht zur Zeit große Verwirrung. In weiten Kreisen glaubt man, daß die Lohnhöhe in der Hauptsache vom guten Willen der Reichsregierung bzw. vom jeweiligen Arbeitsminister abhänge, was eine völlig falsche Vorstellung ist. Deutschland ist wie wenig andere Länder außerordentlich stark mit der Weltwirtschaft verstrickt. Gegenwärtig wird selbst in Gewerben mit sehr niedrigen Löhnen, meist in den Grenzbezirken (weil in den Nachbarländern die Löhne und Produktionskosten sehr viel niedriger sind, und die deutsche Frachtbasis ungünstig ist) eine Kürzung der Löhne gefordert, anderenfalls Betriebsstillegungen in größerem Umfange unvermeidbar seien. Gegen Betriebsstillegungen ist die Macht des Staates sehr beschränkt. Nun kann keine Regierung in bestimmten Gewerben und Betrieben, um Betriebsstillegungen zu verhindern, ein weiteres leichtes Nachgehen der Löhne zulassen, und in anderen Gewerben, die nicht mit der Weltkonkurrenz zu kämpfen haben (Bau-, Holz-, Buchdruckergewerbe usw.), die sehr viel höhere Löhne zahlen, durch das staatliche Schlichtungswesen stabilisieren. Das würde zu einer berechtigten Unzufriedenheit unter den Arbeitern selbst führen und den Staat in eine unmögliche Lage bringen. Vom Staate her sind eben bei der Lohnpolitik Gesichtspunkte zu berücksichtigen, die, vom engeren Arbeitgeber- und Arbeitnehmerstandpunkt aus gesehen, außer Betracht bleiben können. Am besten wäre es, wenn sowohl in der Lohn- wie in der Arbeitszeitfrage für einige Jahre zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften ein großer Akkord, eine Art Waffenstillstand, vereinbart werden könnte. Dann wäre eine viel größere Beweglichkeit möglich, als sie durch das staatliche Schlichtungswesen in völlig anormalen Zeiten gegeben ist.

In Deutschland ist gegenwärtig in den breitesten Kreisen eine Mutlosigkeit anzutreffen, die nicht immer begründet ist, und der nachdrücklichst entgegengewirkt werden muß. Deutschland hat in den Kriegsjahren 1917/18, 1919 nach dem Waffenstillstand und in den Inflationsjahren 1922/23 schon Schwereres überstanden, als im nächsten Winter überwunden werden muß. Im Ausland beurteilt man die deutsche Gesamtlage vielfach sehr viel zutreffender als in Deutschland selbst. Wenn jemand vor 12 Jahren, nach dem Waffenstillstand von Compiègne, gesagt hätte, daß Deutschland im Jahre 1930 den englischen Außenhandel überflügeln würde (was früher nie der Fall war), dann wäre er für unzurechnungsfähig erklärt worden. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind der wirtschaftliche Gewinner des Krieges. Amerika hat heute etwa 60 Milliarden RM Guthaben an Europa und steht der Bewältigung seines Arbeitslosenproblems mit 5 bis 6 Millionen Arbeitslosen bestimmt nicht gerüsteter gegenüber als Deutschland. In England ist die letzte konservative Regierung an der Arbeitslosenfrage gescheitert, wie auch die jetzige Regierung der Labour Party daran zu scheitern droht. Deutschland hat bis jetzt seine Arbeitslosen besser als Amerika durchgehalten, Deutschland hat trotz Kapitalverknappung, woran Amerika und England nicht kranken, im letzten Sommer etwa 800 Millionen RM für Arbeitsbeschaffung aufgebracht.

Sobald das Sanierungsprogramm der Reichsregierung durchgesetzt sein wird, wird weiteren größeren Arbeitsbeschaffungs-Möglichkeiten nachgegangen werden. Wenn nicht alles trügt, dürfte Deutschland alsbald wirtschaftlich an seiner tiefsten Talsohle angelangt sein. Dann muß durch Zusammenfassung aller Kräfte an die Aufbau- und Aufstiegsarbeit herangegangen werden. Darüber wird in den nächsten Wochen und Monaten im einzelnen weiter zu reden sein.

Oesterreich fertig zur Wahl

Der Parteiaufmarsch beendet

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Wien, 8. November

Der letzte Eindruck am Abend vor dem Wahlsonntag ist, daß die Ruhe nicht gestört werden dürfte. Eine Umfrage bei den drei Hauptparteileitungen, den Christlichsozialen, den Sozialdemokraten und dem Schoberblock, ergibt, daß man dort keine große Veränderung in der Zusammensetzung des Nationalrats erwartet.

Der Heimwehrblock hat sich als Wahlwerber zuletzt völlig zurückgezogen, während die Nationalsozialisten, besonders in den Ländern, stark agitierten. Dr. Seipel scheint auf die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit Dr. Schober im neuen Nationalrat hinzublicken, während Fürst Starhemberg als letztes Wort wiederholt: **„Der Rechtskurs wird fortgesetzt."**

Bauzin selbst, der Bundeskanzler, erläßt in den christlich-sozialen Abendblättern einen Aufruf: „Der Wahlkampf ist nun beendet. Nur eine wirklich große Partei, die Christlich-Sozialen mit der Heimwehr, sind imstande, Oesterreich von den zerstörenden marxistischen Einflüssen zu befreien. Unsere Zeit verlangt ein klares Bekenntnis und einen entschlossenen Kampfwillen. Je stärker die christlich-soziale Partei dieser Fels im Meer, durch die Wahlen am 9. November wird, desto näher ist der Tag, an dem für Oesterreich wieder bessere Zeiten anbrechen."

Alle Parteien haben für eine besonders gründliche Ueberwachung aller Wahllokale Sorge getragen, da viel mit irreführenden Stimmzetteln operiert werden soll. Die Wahlergebnisse werden in Wien erst ab 8 Uhr abends einzulaufen beginnen. Erfahrungsgemäß kommen aus den Alpenländern die zuverlässigen Zählungen erst am darauffolgenden Tage, also Montag in der Frühe. Die letzten Resultate werden kaum vor 12 Uhr mittags am Montag vorliegen.

Sturm auf die Pariser Banken

Ernste Folgen des Oustric-Krachs

Paris, 8. November

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Die durch den Zusammenbruch der Oustric-Gruppe nicht nur an der Börse, sondern vor allem auch in den Reihen der kleinen Sparer ausgelöste Krise zieht täglich weitere Kreise. Finanzminister Reynaud, der vor 14 Tagen gegen die Baisse an der Börse Polizei und Staatsanwalt mobil zu machen versucht und damit nur eine Verschärfung der Panik erreicht hat, glaubt heute mit nichtssagenden Beschwichtigungs-Communiqués und leeren Versprechungen das schwer erschütterte Vertrauen des Publikums wiederherstellen zu können.

Er hat gestern abend durch die Blätter erklären lassen, daß der Oustric-Krach ein Einzelfall sei, dessen Rückwirkungen auf die der Gruppe angeschlossenen Unternehmungen beschränkt bleiben würden, und daß deshalb kein Anlaß zu Alarm und Beunruhigungen gegeben sei.

Auch der Gouverneur der Bank von Frankreich, Moret, veröffentlicht heute eine Erklärung, in der er die Mitteilungen des Finanzministers in vollem Umfange bestätigt und die herrschende Nervosität als völlig unbegründet bezeichnet. Das Verhängnis ist nur, daß man sowohl an der Börse wie in der Masse der kleinen Sparer den Glauben so gründlich verloren zu haben scheint, daß auch die von zuständiger Stelle gegebenen Versicherungen ohne jede Wirkung geblieben sind.

Der Sturm auf die Banken hat in den letzten 48 Stunden die Ausmaße eines regelrechten Runs angenommen. Das von einer Angst-Psychose ergriffene Publikum belagert stundenlang die Schalter, um seine für bedroht gehaltenen Ersparnisse in Sicherheit zu bringen.

Beim Crédit Lyonnais insbesondere, dem zu Recht oder Unrecht in der Kampagne der großen Banken gegen Oustric eine führende Rolle zugeschrieben wird, sollen seit Beginn der Woche bereits mehrere hundert Millionen an deponierten Geldern abgehoben worden sein. Beim Crédit du Nord hat lediglich auf die Nachricht hin, daß er die in Schwierigkeit geratene Bank Adam zu übernehmen beabsichtige, heute ein ähnlicher Ansturm eingesetzt.

Auch die Börse hat den offiziellen Beschwichtigungsversuchen in keiner Weise Rechnung getragen. Sie hat darauf heute mit einer neuen empfindlichen Baisse für nahezu alle französischen Werte reagiert. Dieser neue scharfe Einbruch der Kurse mag zu einem Teil in den durch die Zwangsliquidationen verursachten Notverkäufen seine Erklärung finden.

Er wird deshalb nicht minder als ein Symptom dafür angesehen werden müssen, daß die Börse selbst die Krise noch keineswegs als beendet ansieht. Der für 300 der führenden Werte berechnete Börsen-Index, der von 496 zu Beginn des Jahres auf 395 in der letzten Oktoberwoche gesunken war, dürfte durch den Kurssturz der letzten Tage auf etwa 380 zurückgeführt worden sein gegen 507 im Jahresdurchschnitt 1929.

Es hätte vielleicht zur Beruhigung beigetragen, wenn die reichlich dunklen Hintergründe der Affäre im Parlament eine Aufklärung erfahren hätten. Es kursieren darüber seit Tagen die kompromittierendsten Gerüchte, und **in der Kammer liegen dazu nicht weniger als drei Interpellationen vor,** zwei von sozialistischer und eine von radikalsozialer Seite. Eine erste Aussprache darüber war bereits für gestern abend erwartet worden; zur allgemeinen Ueberraschung aber wurde sie auf Grund einer zwischen der Regierung und den Fragestellern getroffenen Vereinbarung auf Ende der nächsten Woche vertagt.

Des Rätsels Lösung soll, wie einige Blätter heute versichern, darin zu suchen sein, daß außer einem Mitglied des Kabinetts, das bis vor kurzem als juristischer Berater der Gruppe Oustric tätig gewesen ist, noch eine ganze Reihe anderer Parlamentarier in sehr naher Verbindung mit dem Unternehmen gestanden haben, und daß Oustric mit der sofortigen Veröffentlichung der gesamten Liste gedroht haben soll für den Fall, daß die Affäre im Parlament aufgerollt werden sollte. Kein Wunder, wenn das Publikum den offiziellen Beschwichtigungen nicht mehr traut.

Kowno droht Memel

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Kowno, 8. November

Das offiziöse Organ der litauischen Regierung „Lietuwos Aidas" kündigt in einem Leitartikel an, daß eine Wandlung des Standpunktes der Regierung in der Memelpolitik bevorstehe. Das Blatt schreibt, die Regierung sehe sich veranlaßt, ihren bisherigen Standpunkt hinsichtlich der Durchführung der Bestimmungen des Autonomiestatuts des Memelgebiets einer einschneidenden Revision zu unterziehen, und zwar, weil die Regierung nach ihrer Ansicht den Deutschen gegenüber ein über die Verpflichtungen des Autonomiestatuts weit hinausgehendes Entgegenkommen gezeigt habe. Die Mehrheitsparteien des Landtages kümmerten sich nur um die Durchführung derjenigen Bestimmungen der Memelkonvention, die der Erstarkung der Vorherrschaft der deutschen Elemente im Memelgebiet förderlich seien.

Memel, 8. November

Eine Nachrichtenagentur meldete gestern, die beiden Mitglieder der memelländischen Regierung, Schulz und Zizgaus, hätten gestern erklärt, sie seien nicht mehr in der Lage, die Dienstgeschäfte weiterzuführen. Diese Erklärung haben die beiden deutschen Regierungsmitglieder dem Präsidenten Reisgys tatsächlich gemacht, aber erst im Laufe des heutigen Tages. Leider sind deutsche Zeitungen mit der Nachricht über den erfolgten Rücktritt im Memelgebiet zu einem Zeitpunkt herausgekommen, als dieser noch gar nicht erfolgt war. Man muß diese Voreiligkeit um so mehr bedauern, als auch heute noch Versuche zur Beilegung des Konflikts gemacht werden.

Die beiden Direktoren haben dem Präsidenten Bedingungen gestellt, nach denen er seine allzu diktatorische Führung der Regierungsgeschäfte und eine Einengung der Befugnisse der beiden Direktoren unterlassen soll. Falls die ganze Angelegenheit bis Montag nicht in befriedigender Weise geregelt wird, werden sie allerdings an diesem Tag ihren Dienst nicht wieder aufnehmen.

Für diesen Fall ergibt sich ein ganz eigenartiger Zustand. Allein kann Reisgys die Regierung nicht weiterführen, da nach dem Memelstatut diese mindestens drei Mitglieder haben soll. Er kann höchstens neue Mitglieder ernennen. Er wird diese dann aber bestimmt nicht bei den Mehrheitsparteien finden, da er ja jetzt Angehörigen der Mehrheitsparteien die Garantien für eine unparteiische Geschäftsführung verweigert hat.

Reisgys kann höchstens gröblichst orientierte Personen ernennen, was aber eine kaum zu überbietende Verletzung der Genfer Vereinbarungen bedeuten würde. Da andererseits nicht anzunehmen ist, daß der Gouverneur seinerseits einen Präsidenten ernennt, der das Vertrauen der Mehrheit des Landtages hat, läßt sich vorläufig eine Lösung der Krise noch nicht sehen.

Zwei Kardinäle gestorben

In der Nacht zum 8. November sind der Erzbischof von Florenz, der 78jährige Kardinal Mistrangelo und der 59jährige Erzbischof von Rennes, Kardinal Charost, gestorben.